



tagesspiegel.de

Hermannplatz, Bauakademie, Molkenmarkt : Was Schwarz-Rot für Berlins strittigste Stadtentwicklungsprojekte plant

CDU und SPD in *Berlin* planen im Umgang mit den Immobilienprojekten von Signa wohl keinen radikalen Kursschwenk. Das geht aus dem [finalen Abstimmungspapier der Verhandlungsgruppe](#) hervor, das dem Tagesspiegel vorliegt. „Die Zentren am Hermannplatz, in der City West und am Leopoldplatz wird die Koalition in ihrer Entwicklung und Urbanität stärken, um damit langfristig die Arbeitsplätze im Einzelhandel zu sichern“, heißt es in dem Papier. „Die laufenden *Planungsprozesse* des Landes führen wir unter breiter öffentlicher Beteiligung fort.“

Bemerkenswert dabei: Obwohl durch die Aufzählung von Hermannplatz, City West und Leopoldplatz offensichtlich die Entwicklung der Karstadt-Warenhausstandorte Thema ist, fällt im gesamten Absatz weder der Name Signa noch wird erwähnt. Im LOI hatten der Senat und der österreichische Signa-Konzern, Träger des Warenhausbetreibers Galeria Karstadt Kaufhof, im Jahr 2020 vereinbart, vier bedrohte Karstadt-Filialen mindestens drei bis fünf Jahre zu erhalten. Ein Erhalt darüber hinaus solle „angestrebt“ werden.

Im Gegenzug hatte das Land versprochen, die *Bauprojekte* von Signa in der City West/Kurfürstendamm, am Hermannplatz und am Alexanderplatz zu erleichtern. Am Alexanderplatz wird bereits gebaut, um die anderen beiden Standorte wird noch gerungen. Die angekündigten Schließungen von Karstadt-Filialen hatten die schon vorher deutliche Kritik an den *Bauwünschen* von Signa noch einmal angefacht.

Signa hält sich an die Zusagen, wir halten uns an die Zusagen. Das ist, glaube ich, das Wesen von Vereinbarungen. Stefan Evers, Generalsekretär der *Berliner* CDU

Dass die LOI-Vereinbarung, bisherige Rechtfertigung für die Priorität, mit der die *Stadtentwicklungsverwaltung* die *Planungen* vorangetrieben hatte, nun im Papier der Verhandlungsgruppe gar nicht vorkommt, dürfte ein Hinweis darauf sein, dass man zu keiner Einigung gekommen ist in der Frage: Hat Signa sich nun an die eigenen Zusagen aus dem LOI gehalten oder nicht?

An dieser Stelle finden Sie einen von unseren Redakteuren ausgewählten, externen Inhalt, der den Artikel für Sie mit zusätzlichen Informationen anreichert. Sie können sich hier den externen Inhalt mit einem Klick anzeigen lassen oder wieder ausblenden.

Ich bin damit einverstanden, dass mir der externe Inhalt angezeigt wird. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr Informationen dazu erhalten Sie in den Datenschutz-Einstellungen. Diese finden Sie ganz unten auf unserer Seite im Footer, sodass Sie Ihre Einstellungen jederzeit verwalten oder widerrufen können.

CDU-Generalsekretär Stefan Evers hatte nach Bekanntwerden der anstehenden Karstadt-Filialschließungen zwar getwittert: „Ich finde es schwer erträglich, dass in *Berlin* trotz milliardenschwerer Staatshilfen für das Unternehmen zwei Karstadt-Filialen schließen. Eine ernsthafte Anstrengung, den Warenhaus-Konzern fit für die Zukunft zu machen und den Beschäftigten sichere Perspektiven zu geben, kann ich bis heute nicht wirklich erkennen.“

Dem Tagesspiegel gegenüber bestritt Evers aber vergangene Woche, dass aus dieser Kritik auch das Scheitern des LOI folge. „Es ist objektiv nicht der Fall, dass Signa sich nicht an den LOI gehalten hat. Was aber nicht heißt, dass man nicht Erwartungen formulieren sollte, was den Arbeitsplatzerhalt angeht“, erklärte er.

Das Land *Berlin* solle seinerseits bei seinen Zusagen bleiben. „Signa hält sich an die Zusagen, wir halten uns an die Zusagen. Das ist, glaube ich, das Wesen von Vereinbarungen“, sagte Evers.

Sein Verhandlungspartner Mathias Schulz von der SPD scheint anderer Auffassung zu sein. „Man muss ganz klar infrage stellen, ob der LOI so noch gültig ist“, sagte er. „Die vereinbarte Langfristperspektive scheint Signa überhaupt nicht zu interessieren, nach meiner Auffassung halten sie ihre Zusagen nicht ein.“

[Denkmalschutz künftig bei Bauverwaltung](#)

Im Verhandlungspapier findet sich noch eine weitere Vereinbarung, die Auswirkungen auf das Tempo haben dürfte, mit dem die *Planungsprozesse* an den Standorten Hermannplatz und [City West](#) vorangetrieben werden können:



Fortsetzung: Was Schwarz-Rot für *Berlins* strittigste *Stadtentwicklungsprojekte* plant

„Wir werden die obere *Denkmalschutzbehörde* und das Landesdenkmalamt wieder bei der für *Bauen* zuständigen Senatsverwaltung ansiedeln.“ Momentan ist der *Denkmalschutz* bei der Kulturverwaltung angesiedelt – und sieht Signas Absicht, am Ku’damm Hochhäuser zu *bauen*, bislang eher kritisch.

Auch zu [Plänen, am Hermannplatz](#) die vollständige historische Kaufhausfassade aus den Zwanzigerjahren zu rekonstruieren, hatte sich das Landesdenkmalamt bislang zurückhaltend geäußert, da die *Bauteile* von 1929 und 1951/52 „zusammen aufgrund ihrer *baugeschichtlichen*, *baukünstlerischen* und städtebaulichen Bedeutung in die Denkmalliste eingetragen“ seien, wie ein Kulturverwaltungssprecher im Februar der „Taz“ sagte.

Dass das Landesdenkmalamt künftig der *Bau* - und nicht mehr der Kulturverwaltung unterstehen soll, dürfte zum Ziel haben, dass genau solche Blockaden nicht mehr zustande kommen, beziehungsweise – je nach Perspektive – mögliche Hebel gegen die Verwertungsinteressen von Signa nicht mehr genutzt werden können

Ein Masterplan für die *Berliner Mitte*

Auch für andere zentrale *Berliner Stadtentwicklungsprojekte* hat die Verhandlungsgruppe Vereinbarungen getroffen. Besonderer Fokus liegt dabei auf der *Berliner Mitte*: Diese will die künftige Koalition „umfassend weiterentwickeln.“ Für den gesamten Bereich der *Berliner Mitte* soll daher ein städtebaulicher Masterplan entwickelt werden. Einen solchen Masterplan hat es bisher nicht gegeben, er ist aber schon lange Teil der Forderungen aus dem Umfeld der „Planungsgruppe Stadtkern“, aus deren Netzwerk die heutige, und wohl auch künftige, [Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt](#) stammt.

Die Handschrift der „Planungsgruppe Stadtkern“ trägt auch eine wesentliche Änderung, die die neue Koalition beim neuen Stadtquartier am [Molkenmarkt](#) verfolgen will: Bisher war die Bauherrenschaft auf den landeseigenen Liegenschaften strikt den beiden landeseigenen Wohnungsgesellschaften (LWU) WBM und Degewo vorbehalten. Nun heißt es: Man werde die zuvor genannten Qualitäten „mit den LWU und gemeinwohlorientierten *Bauherren* realisieren“. Gemeinwohlorientierung könnte sowohl Genossenschaften als *Bauherren* bedeuten, als auch Stiftungen. Letzteres hatte Kahlfeldt schon häufiger als Wunsch geäußert.

Aus dem Umfeld der „Planungsgruppe Stadtkern“ war schon lange zu vernehmen, inklusive der Versuche, die Grundstücke in kleinere Grundstücke zu untergliedern, die dann auch von privaten *Bauherren* oder eben von Stiftungen und Genossenschaften bebaut werden könnten. Das könnte allerdings einer [innovativen, flexiblen Grundrissgestaltung](#) im Wege stehen, wie sie als Ergebnis eines Bürgerbeteiligungsverfahrens für den *Molkenmarkt* festgeschrieben worden ist. Der Koalitionsvertrag könnte nun aber in diese Richtung gehen.

Unklar: Rathaus- und Marx-Engels-Forum

In unmittelbarer Nachbarschaft zum *Molkenmarkt* befindet sich das Rathaus- und *Marx-Engels-Forum* – ebenfalls seit Jahren Gegenstand städtebaulicher Kontroversen und eines aufwändigen Dialogprozesses, der zuletzt in einen Wettbewerb zur Freiraumgestaltung führte. Auf der Grundlage des im August 2021 bekanntgegebenen Siegerentwurfs soll das Forum „als öffentlicher und nachhaltiger Freiraum zügig partizipativ realisiert werden.“ Das jedenfalls ist die SPD-Position – für die CDU hingegen ist das Wort „strittig“ im Papier vermerkt.

Keine vollständig gemeinsame Linie haben die beiden Parteien bislang außerdem bei der ebenfalls kontrovers diskutierten Wiedererrichtung der *Bauakademie*. Einig ist man sich zwar darüber, dass die Wiederrichtung der historischen Fassade „sichergestellt“ werden soll. Unklar ist aber noch der Weg: Die CDU wünscht sich „den Erlass einer Gestaltungsverordnung“, die SPD hingegen „eine entsprechende mit dem Bund und der Stiftung *Bauakademie* abgestimmte Ausgestaltung des Wettbewerbstextes für den Gestaltungswettbewerb.“

(Übertragen aus dem Internet von Wolfgang Schoele am 29. März 2023)